

„Die Stimme“

Organ des Gewerkschaftsvereins der
Holzarbeiter Deutschlands (H.-V.)

Abonnementpreis pro Monat 50 Pf.
Bestellungen richtet man an den
Verlag: Gewerkschaft der Holzarbeiter
Deutschlands
Sachse No. 55, Greifswalder Straße 222

Alle Zuschriften für die „Stimme“ an H. F. F. F. F., Ullm a. D., Postfach 47, Telefon 1442
Alle für das Hauptbüro des Gewerkschaftsvereins bestimmten Poststücken sind zu adressieren
Gewerkschaft der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin N. O. 55, Greifswalder Straße 222
Einschlägige Selbstbestellungen an H. G. H. H. H., Berlin N. O. 55, Greifswalderstr. 222.
Postfachkonto 89 221 beim Postfachamt Berlin N. W. 7. Telefon Berlin Alexander 4720

Anzeigen die 4-spaltigen e-Pfeile
20 Pfennig
Arbeitsmarkt 15 Pfennig
Drahtrechnungsanzeigen 10 Pfennig

Nationale Produktionspolitik.

Von Dr. Bruno Haueker.

Nationale Produktionspolitik, das will heißen: Produktionspolitik, die dem Volksganzen dienlich ist und nicht einzelnen seiner Teile. Nationale Produktionspolitik, das will bedeuten: Produktionspolitik, die es der Nation ermöglicht, im Weltverkehr mächtig und frei an der Gestaltung des Miteinanderlebens der Völker mitzuwirken. Nationale Produktionspolitik will besagen: Erfüllung der Lasten des Londoner Abkommens, Befreiung Deutschlands von dem Druck der Reparationen bei gleichzeitiger Verbesserung der Lage der Innenwirtschaft und der Hebung des Lebensstandards der breiten Massen.

Die erste und wichtigste Voraussetzung für diese Aufgaben ist die Aktivierung unserer Zahlungsbilanz, die es möglich macht, nicht nur die Zahlungen für die lebensnotwendige Einfuhr zu leisten, sondern darüber hinaus Einnahmen zu erzielen, mit denen die Reparationslast abgetragen werden kann. Hierbei muß beachtet werden, daß Zahlungsbilanz und Handelsbilanz heute annähernd dasselbe sind. Während wir vordem als Aktivposten in unsere Zahlungsbilanz die Einnahmen aus unserer Handelsbilanz, aus den deutschen Guthaben und Anlagen im Ausland, aus Bank-, Versicherungs- und Kommissionsgeschäften, die im Auftrage des Auslandes in Deutschland getätigt werden, einrechen konnten, sind nach dem Versailler Frieden, nach der Dezimierung der deutschen Handelsflotte, nach der Sequestrierung des deutschen Vermögens im Ausland, diese Aktivposten nahezu völlig eingeschrumpft, mit anderen Worten: die deutsche Einfuhr aus dem Ausland kann nur durch die Ausfuhr nach dort hin bezahlt, die Aktivierung unserer Zahlungsbilanz nur durch die Aktivierung der Handelsbilanz erreicht, die für das Reparationsaufkommen benötigten Leistungen können nur aus einem über diese Aktivierung hinausgehenden Uberschuß unseres Exportes bereitgestellt, die 2½ Milliarden Mark, die Deutschland vom Jahre 1929 ab jährlich zu zahlen hat, können mit der Maßgabe, daß von einer Ausfuhr von je 100 Mark als Verdienst höchstens 40 Mark gebucht werden können, nicht anders als durch eine Ausfuhr von rund 6 Milliarden geleistet werden. Das bedeutet, daß Deutschland — unter Zugrundelegung der Ziffern der Handelsbilanz von 1924 — seinen Export bis dahin auf rund 15 Milliarden steigern muß, wenn es seine Handelsbilanz aktivieren und gleichzeitig seine Reparationslasten abtragen soll. Da unsere Ausfuhr 1924 nur 6,5 Milliarden betrug, würde dies nur bei einer Verdoppelung dieser Exportziffer zu erreichen sein — eine Zukunftshoffnung, an deren Erfüllung angesichts der andauernden Passivität unserer Handelsbilanz in absehbarer Zeit wohl kaum zu denken ist.

Eine Verdoppelung unserer Ausfuhr von 1924 würde bedeuten, daß wir auf einer Rohstoff- und Nahrungsmittelbasis, die durch den Versailler Frieden um 29,9 v. H. ihrer Steinkohlenlager, 74,5 v. H. ihrer Eisenerzlager, 68,3 v. H. ihrer Zinklager, 15,7 v. H. ihrer Weizen- und Roggenproduktion, 18,9 v. H. ihrer Kartoffelerzeugung und um alle Kolonien verringert ist, — daß wir mit einer Bevölkerung, deren Ziffer um 10 v. H. ihres Vorkriegsstandes gekürzt und in ihrer Leistungsfähigkeit durch die Kriegs- und Nachkriegsfolgen herabgemindert ist, rund die Hälfte mehr an Exportwaren erzeugen sollen als vor dem Kriege. Damals hatten wir eine Warenausfuhr von 10,1 Milliarden Goldmark, heute sollen wir für 15 Milliarden Goldmark absetzen können.

Wird eine derartige Exportsteigerung ermöglicht werden? Sie wird nur dann ermöglicht werden können, wenn erstens das Ausland aufnahmefähig genug ist für solche Warenfülle und wenn zweitens die deutsche Ware in ihrer Qualität und Billigkeit die Auslandswaren schlechter übertrumpft. Die erste Bedingung ist abhängig von der Reorganisation der zerstörten Weltwirtschaft, von der Zunahme des Wohlstandes in den mit Deutschland Handel treibenden Völkern, insbesondere von der Steigerung der auch dort erheblich verringerten Kaufkraft der breiten Massen. Es hat den Anschein, als wollten die in Betracht kommenden Regierungen diese Kaufkraft zunächst einmal künstlich durch eine entschiedene

protektionistische Politik wieder steigern. Schutzzölle sollen die nationalen Wirtschaften für die nächsten Jahre unter dem Motto der „Erziehungszölle“ umgürten, — Schutzzölle, die ein Eindringen der deutschen Waren erschweren werden, wenn uns nicht der Abschluß günstiger Handelsverträge gelingt. Hier zeigt sich aufs deutlichste die Bedeutung der Handelspolitik für die Reparationspolitik und damit für die gesamte künftige Außenpolitik des Reichs.

Doch kann davon im einzelnen hier nicht weiter die Rede sein. Denn wichtiger noch als die Handelspolitik ist für die deutsche Wirtschaft die Produktionspolitik.

Es kann nicht geleugnet werden, daß die Güte der deutschen Ausführwaren in den Kriegs- und Nachkriegsjahren ganz empfindlich gelitten hat. Sei es, daß der heruntergewirtschaftete Produktionsapparat der deutschen Wirtschaft die Schuld hieran trägt, sei es, daß der Nachwuchs an Fach- und Qualitätsarbeitern unter der Abkürzung der Jahre erheblich gelitten hat, sei es, daß in der allgemeinen Merkantilisierung der deutschen Wirtschaft in der Richtung einer hochkapitalistischen Entwicklung der Verantwortung gegenüber der Ware mehr und mehr verdrängt worden ist, sei es schließlich, daß die anderen Industriestaaten der Welt, insbesondere Nord- und Südamerika, ihrerseits zur Qualitätsproduktion übergegangen sind — Tatsache bleibt, daß der Weltmarkt sich gerade gegen die Aufnahme deutscher Qualitätswaren in den letzten Jahren absperrt hat. Vor dem Kriege hat Deutschland an Waren aus Eisen, Maschinen, Ton, Porzellan, Glas, Papier und Papierwaren, Chemikalien ausgeführt rund 6,64 Millionen Tonnen im Jahre. Im Jahre 1924 betrug die Ausfuhr in diesen wichtigsten Qualitätsgewerben dagegen nur rund 1,60 Millionen Tonnen.

Die Wiederbelebung der deutschen Qualitätsarbeit wird in erster Linie abhängig sein von der Bereinigung des technischen Betriebsapparates und von einer vernünftigen Lohnpolitik, die den Leistungslohn nach der Schwere der Arbeit und dem Können des Arbeiters differenziert.

In Hinsicht auf die Differenzierung der Löhne der Gelehrten und der Ungelernten hat das Jahr 1924 ja bereits einige Fortschritte gebracht; die Spannung zwischen den Tariflöhnen der Gelehrten und der Ungelernten ist von 20,7 v. H. im Januar auf 31,9 v. H. im Dezember gestiegen. Da in dem gleichen Zeitraum die Stundenlöhne für Gelehrte von 55 Pfg. auf 75 Pfg., die Löhne der Ungelernten von 44 Pfg. auf 53 Pfg. gestiegen sind, kann von einer Auseinanderziehung des Arbeitsentgeltes auf Kosten der Ungelernten nicht gesprochen werden. Auch die lohnpolitische Entwicklung im Jahre 1925 hat an dieser Tendenz bisher nichts geändert.

Wesentlich schwieriger wird sich die Bereinigung des technischen Apparates gestalten. Denn technische Verbesserungen setzen geldliche Aufwendungen voraus, die, wie die Dinge in Deutschland nun einmal liegen, nur auf dem Wege ausländischer Anleihen oder einer innerdeutschen Kapitalneubildung, die heute noch in dem ersten Anfängen steht, ermöglicht werden können. Den ersten Weg zu gehen müßte die Rücksicht auf die Aktivierung unserer Zahlungsbilanz deren Passivsaldo — wie wir gesehen haben — durch die Zins- und Amortisationszahlungen für die im Jahre 1924 neu aufgenommenen Auslandskredite in Höhe von rund 1,5 Milliarden ohnedies stark belastet ist, verbieten. Der zweite Weg der Kapitalneubildung ist im letzten Jahre zwar gegangen worden, aber zu einem erheblichen Teile auf Kosten der breiten Massen der Lohn- und Gehaltsempfänger.

Nun mag ja für die Wiederanturnung der deutschen Wirtschaft der Lohndruck des vergangenen Jahres vielleicht nötig gewesen sein, für die jetzt gebotene Neubildung des Volksvermögens, aus der einzig die Amortisation der Auslandskredite erfolgen und die allein auf die Dauer die Gewährung der notwendigen Kredite an die Wirtschaft aus dem Inland verbürgen kann, ist das Gegenteil nötig. Denn das liquide deutsche Volksvermögen, das in der Inflation zu Bruch gegangen ist, bestand vor dem Kriege zu annähernd vier Fünftel aus dem Sparvermögen des kleinen Mannes, des Beamten, des Angestellten, des Arbeiters. Die Kreditoren in den Banken und Sparkassen betragen 1913 rund 25 Milliarden Goldmark, davon

lagen bei den Sparkassen, den Banken des kleinen Mannes rund 20 Milliarden Mark. Aus diesem Sparguthaben floß der deutschen Volkswirtschaft ein Betrag von jährlich rund 100 Millionen Goldmark an Zinsertrag zu. Heute hat Deutschland für seine Auslandskredite (Darlehen-Anleihe und Privatkredite) allein rund 300 Millionen Goldmark zu zahlen. Will es sich aus diesen Verpflichtungen lösen, so muß es ein Volkvermögen akkumulieren, das groß genug ist, um den Kapitalbedarf seiner Wirtschaft zu befriedigen und seine Auslandschulden allmählich zu tilgen. Daß dieses Vermögen im wesentlichen nur aus der Masse der kleinen Ersparnisse aus Gehalt und Lohn akkumuliert werden kann, bedarf keines besonderen Beweises.

Nationale Produktionspolitik muß sich aber zweitens gründen auf der Verbilligung unserer Produktion, die wiederum die Voraussetzung für die Verbilligung und damit Steigerung unserer Ausfuhr, wie für die Hebung der Kaufkraft der deutschen Verbraucher ist und damit — vice versa — auch für die Belebung der Schaffensfreude und Arbeitsintensität der Lohn- und Gehaltsempfänger ganz allgemein.

Auf die Verbilligung unserer Produktion wirken nun ebenso wohl staatliche, wie private, ebenso sehr kredit-, zoll- und steuerpolitische Maßnahmen ein wie die Regelung der Arbeitszeit oder organisatorisch-technische Veränderungen in der Struktur der Wirtschaft im allgemeinen und der Betriebe und ihrer Produktionsmethoden im besonderen.

Es kann hier nicht unsere Absicht sein, aller kredit-, steuer- und zollpolitischen Maßnahmen der Regierung Erwähnung zu tun, die die Jahre 1924-25 gebracht haben.

Es kann hier nicht unsere Aufgabe sein, die produktionspolitischen Wirkungen zu erläutern, die die Verlängerung der Arbeitszeit, die Entlastung der Betriebe von überflüssigen oder nur schlecht verwertbaren Arbeitskräften auf Grund der Aufhebung der Demobilisationsverordnungen, mit sich führten. Es kann nicht unseres Amtes sein, hier im einzelnen die an sich außerordentlich interessanten Produktionsergebnisse zu schildern, die durch die Auswertung der Ergebnisse der Arbeitswissenschaft und der Psycho-technik (der rationellen Auslese der Arbeitskräfte für die Betriebe und in ihnen und der Typisierung der Produktion zum Zwecke der Produktionssteigerung und Produktionsverbilligung usw.) erzielt werden konnten. Hier können nur die allgemeinen Resultate in großen Umrissen aufgezeigt werden, die beweisen, daß und wie sehr das deutsche Volk die Kraft besessen hat, in kürzester Zeit trotz der verringerten Rohstoffbasis seines durch den Versailler Frieden geschwächerten Landes und trotz der durch Not und Entbehrungen verminderten Arbeitskraft seiner Bevölkerung Produktionsergebnisse zu erzielen, die jene der Vorkriegszeit gelegentlich erreichten, ja sie in einzelnen Fällen sogar in den Schatten stellen und die somit eine weitere Preisentwertung in absehbarer Zeit erhoffen lassen. Denn — und hierauf kann nicht eindringlich genug verwiesen werden — die Senkung der Preise ist in entscheidendem Maße abhängig von der Senkung der Generalunkosten der Wirtschaft im allgemeinen. Diese aber ist wiederum in ebenso starkem Maße abhängig von der Steigerung der Produktion, durch die erst die Herabminderung der Kosten je Einheit der produzierten Güter innerhalb einer bestimmten Zeiteinheit ermöglicht werden kann.

Diese Senkung der Generalunkosten der deutschen Wirtschaft ist in den vergangenen 1½ Jahren erreicht worden im wesentlichen auf zweierlei Wegen: durch die Ausschaltung unrationell arbeitender und damit unrentabler Betriebe aus dem Produktions- und Zirkulationsprozeß der deutschen Wirtschaft und durch eine gesteigerte Arbeitsintensität in den übrigen Betrieben. Es kann in diesem Zusammenhang nicht eindringlich genug betont werden, daß die Vereinigung der deutschen Wirtschaft von parasitären Elementen auf dem Wege rasider zunehmender Konkursverkündigungen in dieser Zeit kein Symptom der Erkrankung, sondern im Gegenteil der Gesundung der deutschen Wirtschaft war. Denn während die Konsumtionsbasis der deutschen Innenwirtschaft sich im Verhältnis zur Vorkriegszeit infolge des Lohndrucks und der Gehaltsverabzögerungen für breite Schichten wesentlich verengert hat und während die Konsumkraft auch des Auslandes für deutsche Waren noch immer darniederliegt und die Ausfuhr dorthin im Jahre 1924 nur rund die Hälfte der Vorkriegsausfuhr betrug, hat sich die Zahl der Betriebe in der deutschen Wirtschaft von 1913 bis 1923 erheblich vermehrt: Produktion und Konsumtion stehen in keinerlei angemessenem Verhältnis mehr.

Daß eine derartige Inflation der Unternehmungen bei gleichzeitiger Mäßigung des Abzuges den einzelnen Unternehmer wie die Unternehmerorganisationen der Kartelle zu einer Preispolitik veranlaßte, die es ihnen ermöglichte, bei etwa einem Drittel des Umfanges der Vorkriegszeit an der Einheit der Ware womöglich das Mehr zu verdienen wie vor dem Kriege, lag nahe. Die ebenso natürliche Folge war die Hochhaltung der Preise — solange es eben ging — will heißen, solange die Nachfrage in der Inflationszeit weit über das Maß des Angebotes war. Erst in dem Augenblick, in dem die Stabilisierung der Mark und ihre Auswirkungen die Nachfrage aus naheliegenden und bereits erwähnten Gründen wieder abschwellen ließ und nunmehr je ein Verkäufer wieder einem Käufer nachlaufen mußten, erst in dem Zeitpunkt, in dem der Schleiher der Inflationskonkurrenz vertrieb und die der Nachfrage völlig unangemessene Überbewertung der Wirtschaft in aller Deutlichkeit zu erkennen gab und die Konkurrenz wieder in ihre gesunden Rechte trat, war der Zwang zur Herabsetzung der Preise gegeben — mochten hierbei

auch bisher privatwirtschaftlich rentable, aber volkswirtschaftlich überflüssige Betriebe zu Tausenden zugrunde gehen. So nahm denn die Zahl der Konkurse im Jahre 1924 von nur 31 im Januar und noch 139 im April auf 326 im Mai und 1125 im Juli zu, um dann wieder — freilich unter Schwankungen — allmählich zurückzugehen. Im Dezember 1924 betrug ihre Ziffer 616, im Januar dieses Jahres 796, im Februar 723 im Mai 807, im Juni 766, im Juli 797, im August 751.

Es ist kein Zweifel, daß durch diese Ausschaltung volkswirtschaftlich überflüssiger, lebensunfähiger und deshalb schädlicher Betriebe der Produktionskostenetat der deutschen Gesamtwirtschaft erheblich entlastet worden ist.

So groß jedoch der Massenkonkurs in der letzten Zeit auch war, so wenig reichen seine produktionspolitischen, preisverbilligenden Wirkungen hin an die produktionspolitischen Wirkungen der zunehmenden Arbeitsintensität in den Betrieben. Es soll hier ununtersucht bleiben, ob die Steigerung der Arbeitszeit in rund 50 v. H. der Betriebe oder das Ueberhandnehmen der Akkordarbeit, die Geringfügigkeit des Akkordlohnsatzes und der hierin liegende Anreiz zur Mehrproduktion pro Mann und Schicht oder der steigende Arbeitswille unserer unsagbar tapferen Arbeiterschaft der Hauptanlaß zu der Produktionssteigerung war, die wir in Industrie und Gewerbe lezhin fast überall verzeichnen können. In vielen, ja in der Mehrzahl der Fälle, werden die verschiedensten Gründe zusammenwirken. Das Resultat jedoch steht klar und erfreulich vor uns: die Produktivität hat in fast allen Gewerben zugenommen. Damit aber ist auch die wesentlichste Voraussetzung zu einer Preisentwertung pro Einheit des Produkts nahezu überall gegeben, die entscheidende Voraussetzung somit auch für die Steigerung des Exportes und die Aktivierung der Handelsbilanz.

Viel wird für die Gestaltung unserer nationalen Produktionspolitik schließlich davon abhängen, wie die Entwicklung der außenpolitischen Lage sich gestalten wird. Das Jahr 1924 hat nach der langen Isolierung der deutschen Wirtschaft vom Weltmarkt durch Krieg und Inflation dem deutschen Kaufmann mit der Stabilisierung den Weltmarkt geöffnet. Damit ist, zeitlich und ursächlich, durch die ganze Welt eine neue Belebung der Wirtschaft gegangen. Die Gesundung der Weltwirtschaftskonkurrenz hat wieder eingeleitet. Würde Einsicht und nicht Mißtrauen die Entschlüsse der Völker regieren, so müßte dieses Ergebnis die Erkenntnis der Nationen verstärken, daß nur eine Zusammenarbeit der Völker nach dem Prinzip der Arbeitssteigerung die Gesundung der Weltwirtschaft und für die Volkswirtschaften eine ruhige Entwicklung herbeiführen kann.

Herr Dr. Rauecker, welcher den vorstehenden Artikel im „Heimatdienst“ veröffentlicht, ist den führenden Kollegen der Gewerksvereine und des Gewerkschaftsringes kein Unbekannter. Die Ueber einstimmung der Gedankengänge in den meisten uns berührenden Fragen konnte auf den Tagungen, wo Dr. Rauecker referierte, erfreulicherweise festgestellt werden.

Sichere Hammerbefestigung.

Von Hrens Braunschweig.

Zu Nachstehendem sei eine Anregung für die Befestigung von Hämmern gegeben, die auch für andere ähnliche Werkzeuge gelten kann.

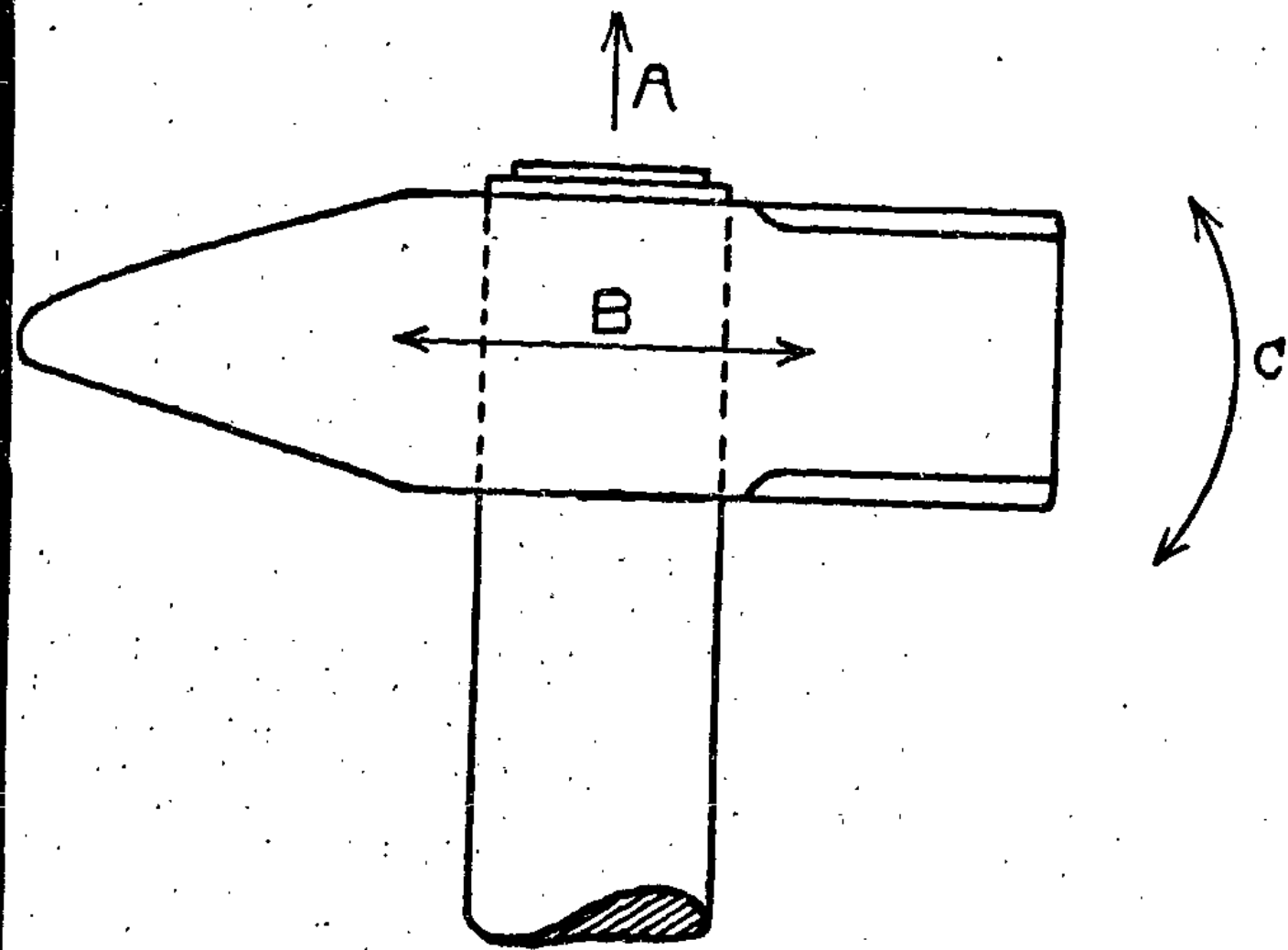
Die für Spitz- und Kopfhaken angegebenen Befestigungsarten sind für diese als die bewährtesten anerkannt und daher überall zur Anwendung zu bringen. Für die verschiedensten Hämmer — vom kleinsten Schlosser- oder Tischlerhammer bis zum größten Vorlaghammer der Schmiede — sind sie aber aus Gewohnheits- oder Zweckmäßigkeitsgründen nicht anwendbar.

Alle diese Hämmer werden heute nur so befestigt, daß ein Keil in der Längsrichtung des Hammerkopfes in den stramm eingepaßten Stiel eingeschlagen wird. Hierdurch wird erreicht, daß an den Längsflächen des Loches eine möglichst große Flächenpressung entsteht, die vermöge der Reibung den Hammerkopf festhält. Die runden Flächen an den Schmalseiten des Loches tragen dabei nur insoweit, wie der keillose Stiel in das Loch eingepaßt ist; an ihnen vergrößert das Eintreiben des Keiles die Flächenpressung nicht.

Aber gerade diese runden Flächen an den Schmalseiten des Loches leisten wesentlich zur Befestigung mit herangezogen werden, denn beim Gebrauch des Hammers treten außer der Fliehkraft A. (siehe Abbildung 1), die in Richtung des Stiles beim Schwingen des Hammers entsteht, noch durch den Schlag Kräfte auf, wie sie in Abbildung 1 durch die Pfeile B. und C. angedeutet sind. Besonders die Kräfte C. versuchen, die rechtwinklige Stellung des Stiles zum Hammerkopfe in der Schwingenebene des Hammers zu verändern. Werden sie nicht wirksam abgefangen, so muß der Hammer „wackelig“ werden. Schon bevor dieses „Wackeligwerden“ bemerkbar ist, treten bei jedem Schlage kleine Bewegungen zwischen Hammerkopf und Stiel in Richtung des Pfeiles C. auf, durch die der Preßis an den Längsflächen des Loches infolge Abschleifens gelockert wird, und häufig fliegt dann der Hammerkopf bei einem besonders kräftig geführten Schlage untermutet ab und gefährdet die Nachbarschaft.

Diesen kleinen, den Preßis an den Längsflächen allmählich vernichtenden Bewegungen kann nur dadurch entgegengetreten werden, daß der Stiel auch an die runden Schmalseiten des Loches mit möglichst hoher Flächenpressung angeedrückt wird. Durch das bisher übliche Einpaßen des Stiles und das Eintreiben eines Längskeiles wird das aber nicht erreicht. Der Keil könnte daher quer

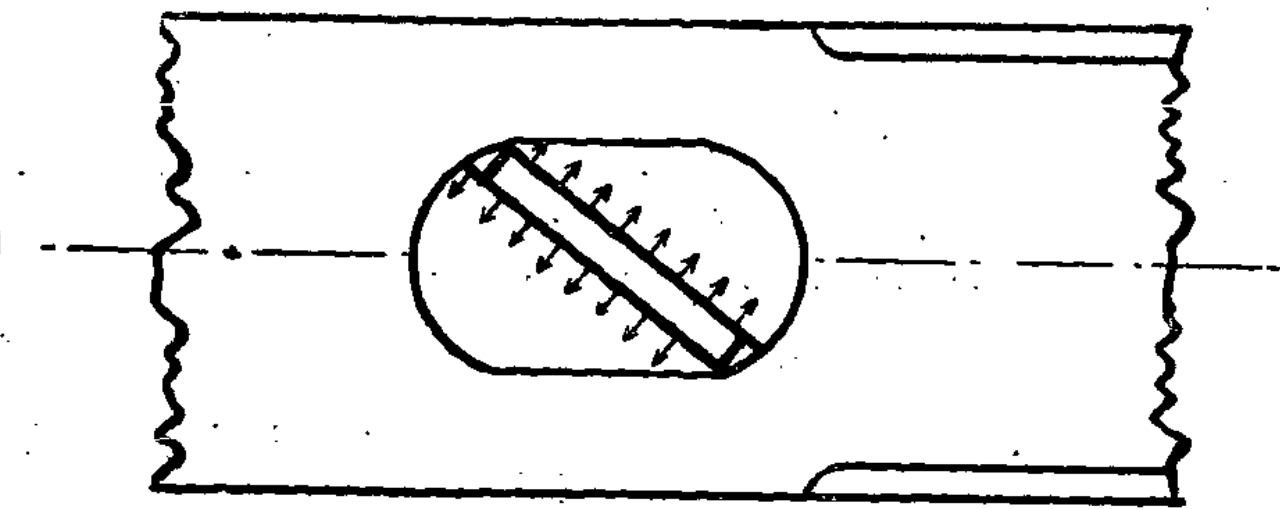
angehoben werden; dem steht aber entgegen, daß dann auf die Teilwirkung und erhöhte Flächenpressung an den verhältnismäßig großen Längsflächen verzichtet würde, und daß man gefühlsmäßig



Abbild. 1.

alle so fest, daß durch sie der flachste Querschnitt federnd zur Seite gebogen wird. Ferner könnten zwei Keile (ein Längs- und ein Querteil) eingeschlagen werden, jedoch besteht dann die Gefahr, daß der eine nur mangelhaft zur Wirkung käme, und insbesondere der kreuzweis gespaltene Stiel nicht mehr genügende Festigkeit unter dem Hammerkopfe hätte.

Wäre es da nicht zweckmäßig, einen Keil etwa in der Richtung der Diagonale des als Rechteck gedachten Loches einzuschlagen, wie in Abbildung 2 dargestellt ist?



Abbild. 2.

Auf diese Weise wird der Stiel so aufgetrieben, daß er unter möglichst geringer Schwächung die größtmögliche Pressung an allen Flächen erfährt, wodurch jedenfalls eine sichere Befestigung erreicht wird, als durch den bisher allein benutzten Längskeil.

Der Jahrhunderte alte Brauch wird sich diesem Gedanken nicht vielfach widersetzen; in einem Betriebe jedoch, in dem Versuche mit derartigen Diagonalleilen an den Handbeilen im Holzspalten bereits gemacht sind, sind sie zur vollsten Zufriedenheit ausgefallen. Es wäre erwünscht, daß die Versuche allgemein angestellt, und ihre Ergebnisse bekannt gegeben würden.

(Vorstehender Artikel ist im Anschluß an einen in Nr. 11 des Reichsarbeitsblattes erschienenen Artikel in Nr. 19 enthalten.)

Arbeitslosen-Versicherung.

Zu Nr. 34 des Reichsarbeitsblattes (amtlicher Teil) ist der Entwurf eines Gesetzes über Arbeitslosenversicherung bekannt gegeben worden. Dieser Entwurf ist inzwischen dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat und dem Reichsrat zugeleitet worden. Eine nähere Begründung ist dem Entwurf nicht beigelegt, sie soll aber in naher Zukunft folgen.

Der Entwurf sieht hinsichtlich des Aufbaues folgendes vor: Träger der Arbeitslosenversicherung sind die Landesarbeitslosenstellen. Die Bezirke der Landesarbeitslosenkassen decken sich mit den Bezirken der Landesämter für Arbeitsvermittlung. Die Bezirke der Landesarbeitslosenkassen können von den beteiligten obersten Landesbehörden mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers geändert werden. Bei dringendem Bedürfnis kann der Reichsarbeitsminister mit Zustimmung des Reichsrates die Bezirke ändern. Der Sitz der Landesarbeitslosenkasse ist der Sitz des Landesamtes für Arbeitsvermittlung. Organe der Landesarbeitslosenkasse sind der Ausschuss und der Vorstand. Der Kassenausschuss besteht aus dem Vorsitzenden und den Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern des Verwaltungsausschusses des Landesamtes für Arbeitsvermittlung. Dieser Ausschuss beschließt eine Satzung, die der Genehmigung des Reichsarbeitsministers für Arbeitsvermittlung bedarf. Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden des Landesamtes für Arbeitsvermittlung und je drei Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Bei jeder Landesarbeitslosenkasse besteht eine Spruchkammer, die aus dem Vorsitzenden des Landesamtes für Arbeitsvermittlung, dem Vorsitzenden des Landesversicherungsamtes, in dessen Bezirk die Kasse ihren Sitz hat, oder einem seiner Stellvertreter und je einem der Arbeitgeber-

und Arbeitnehmervertreter, die dem Kassenausschuss angehören, besteht. Die Sitzungen der Ausschüsse, Vorstände und Spruchkammern sind nicht öffentlich.

Bei dem Reichsamte für Arbeitsvermittlung besteht eine Ausgleichskasse für das Reichsgebiet. Organe der Reichsausgleichskasse sind der Ausschuss und der Vorstand. Der Kassenausschuss besteht aus dem Präsidenten und den Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern der Verwaltungsart des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung. Der Kassenvorstand besteht aus dem Präsidenten des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung und je drei Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Bei dem Reichsversicherungsamt wird ein Spruchsenat für die Arbeitslosenversicherung gebildet, der aus einem Vorsitzenden, einem ständigen Mitgliede des Reichsversicherungsamtes oder einem ständigen Mitgliede aus dem Reichsamte für Arbeitsvermittlung, einem hinzugezogenen richterlichen Beamten und je einem Vertreter der Versicherten der Arbeitslosenversicherung und ihrer Arbeitgeber besteht.

Den Vorsitz im Spruchsenate führt der Präsident oder ein Direktor oder ein Senatspräsident. Der Reichsarbeitsminister bestellt die ständigen Mitglieder, wie er auch den richterlichen Beamten beruft. Die ständigen Mitglieder sollen Erfahrungen und besondere Kenntnisse in der Arbeitslosenversicherung oder der Erwerbslosenfürsorge besitzen. Die Vertreter der Versicherten und der Arbeitgeber werden aus den nicht ständigen Mitgliedern des Reichsversicherungsamtes entnommen. Die Aufsicht über die Landesarbeitslosenkassen führt das Reichsamte für Arbeitsvermittlung, die Aufsicht über die Reichsausgleichskasse führt der Reichsarbeitsminister.

Versicherungspflichtig sind alle Personen, die auf Grund der Reichsversicherungsordnung oder des Knappschaftsgesetzes für den Fall der Krankheit pflichtversichert sind, sofern im Gesetz nicht eine ausdrückliche Ausnahme bestimmt ist. Vor allen Dingen sind Lehrlinge mit einem schriftlichen Lehrvertrag von mindestens zweijähriger Dauer, ferner sind Landarbeiter versicherungsfrei, die nur teilweise Lohnarbeit ausführen, im übrigen aber Eigentümer oder Pächter land- oder forstwirtschaftlichen Grundbesitzes von solcher Größe sind, daß sie von dessen Ertrag mit ihren Angehörigen in der Hauptsache leben können.

(Fortsetzung folgt.)

Unternehmer- und Händlergewinne.

Nach einer Zeitungsmeldung hat der bayerische Sozialminister Oswald, der Mitglied der Bayerischen Volkspartei ist, in einer Rede in Waldjassen, wo er für die Reichszentrale für Heimatdienst sprach, einen scharfen Vorstoß gemacht gegen die übermäßigen Gewinne von Industrie und Großhandel. Seine Angriffe belegte er mit einigen bemerkenswerten Beispielen. So erhalte der Handel die bayerische Kohle von den Gruben für 1,10 Mk., verlange aber selbst 2,10 Mk. Die Ziegeleien verlangten für 1000 Ziegelsteine 48 Mk., während der Werkpreis 39 Mk. sei. Von Innungen habe er Kalkulationen in der Hand, die den reinsten Bucher darstellten. Allgemein werde von Arbeitgeberseite auch der Lohnanteil an den Produktionskosten auf das Doppelte und Dreifache von dem, was der Wirklichkeit entspreche, angegeben. Gegenüber den Klagen der Industriellen über zu hohe soziale Belastung erklärte der Minister, er gebe zu, daß die sozialen Lasten wesentlich zugenommen hätten, aber die Arbeitgeber hätten die sittliche Verpflichtung, nicht nur Arbeiter zu haben, wenn sie sie brauchen, sondern auch mitzuhelfen für die Zeit, wenn die Arbeitnehmer nicht mehr arbeiten können. Der Streit gehe heute darum, wer die Ablieferungen an unsere ehemaligen Kriegsgegner zu bezahlen habe, und da stehe er auf dem Standpunkt, daß nicht die gesamten Lasten wie bisher auf die Schultern der Arbeiter abgewälzt werden dürfen.

Höhere Kostgeldsätze für Lehrlinge.

In der bevorstehenden Tagung der Vollversammlung der Handwerkskammer steht unter anderem auch ein Antrag zur Beratung, der eine Erhöhung der Kostgeldsätze für Lehrlinge vorsieht.

Es werden beantragt:

im ersten Lehrjahre	4 Mk.
im zweiten Lehrjahre	5 Mk.
im dritten Lehrjahre	7 Mk.
im vierten Lehrjahre	8 Mk.

Diese Sätze wenn sie auch gegen früher eine Verbesserung darstellen, so sind sie doch bei der heutigen teuren Lebensweise völlig unzureichend, und sind daher auch nur als Mindestsätze zu betrachten. Die persönlichen Opfer, die ein Familienvater, der seinen Sohn ein Handwerk lernen lassen will, sind daher immer noch recht groß, oftmals ist es unmöglich, sie bringen zu können. Dem viel beklagten Mangel, über ungenügenden Facharbeiternachwuchs kann am besten Einhalt geboten werden, wenn man nicht dem Familienvater die ganze Kostenlast für die Ausbildung während der Lehrjahre aufbürdet. Jetzt wenn man sich bemüht, einen gesunden und brauchbaren Facharbeiter nachwuchs heranzubilden, wird dem Lehrlingswesen eine erhöhte Bedeutung zuzuwenden sein, wir erinnern nur an den „Arbeitsausschuß für Berufsausbildung“ der vom Reichsverband der deutschen Industrie und der Vereinigung der Arbeitgeberverbände und der deutsche Ausschuss für technisches Schulwesen, der auch die Aufgaben der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in dieser Frage abzugrenzen gedenkt. Bisher verharrete das Handwerk immer auf dem Standpunkt, die Art der Regelung der Lehrlings-

Angabe sei kein ureigenstes Privileg. Wir haben volles Ver-
 mögen dafür, daß das Handwerk tüchtige Facharbeiter heran-
 züchten kann, umso mehr muß ihm daran liegen, recht viel junge
 und körperlich leistungsfähige Kräfte zu besitzen. Es kann sich
 wie schon erwähnt, hier nur um Mindestsätze handeln und ist
 zu hoffen, daß die Handwerkskammer die Innungen anweist,
 diese Kostgebühren auch zu zahlen.

Aus den Ortsvereinen.

Danzig. Der Gewerbeverein der Holzarbeiter (S.-D.) zu Danzig
 hielt am 17. Oktober 1925 im Neuen Vereinshaus sein 57. Ge-
 samtsfest. Das Programm war sehr reichhaltig und wurde durch
 eine Begrüßungsansprache des Vorsitzenden eingeleitet. Hierauf
 folgte ein stimmungsvoller Prolog, welcher von Frä. Düll vor-
 getragen wurde. Unser Bezirksleiter, W. Hinz-Elbing, nahm an
 dieser Festlichkeit teil. In seiner Festrede wies er auf das Entstehen
 und Emporwachsen der Ortsvereine hin und ermahnte die Kollegen
 zu ein festem Zusammen- ten. Er schloß seine Rede mit einem
 hoffnungsvollen Hoch auf die Gewerbevereine. In hunderter Reihe folgten
 dann Gesangsvorträge des M.-G.-B. „Gansa“, welche starken Bei-
 fall ernteten. Theater und humoristische Vorträge. An dieser
 Stelle sei auch den Damen Frä. Graf, Düll und Ribner für ihre
 vorzügliche Mitwirkung beim Theaterpiel und der Verlosung im
 Namen des Vorstandes herzlichster Dank ausgesprochen, desgleichen
 den Kollegen Graf und Sokulowski. Als Abschluß des Programms
 folgte der übliche Tanz, welcher bis in die frühen Morgenstunden
 eine rege Beteiligung fand. Der Besuch unserer Festlichkeit war
 ein sehr guter, trotz der schlechten Lage hier am Orte, hervor-
 gerufen durch den Streik der beiden internationalen Betriebe (Dan-
 ziger Werft und Eisenbahnhauptwerkstätten). Ueber den Verlauf
 dieser Bewegung, dessen Ende hoffentlich bald zu erwarten ist,
 soll noch an dieser Stelle ausführlich berichtet werden.

Paul Makowski.

Spanbau. Eine gut besuchte Versammlung, wozu auch die
 Ortsverbandskollegen und die Gewerbevereinsdamen zahlreich er-
 schienen waren, hielt unser Ortsverein am Donnerstag, den 29.
 Oktober, abends 8 Uhr, im „Türkischen Kell“ ab. Der Vorsitzende
 Kollege Grenz hielt eine gut durchdachte Eröffnungsansprache, wo-
 er zum Schluß dem Kollegen Truskowski zu seinem 25-jährigen
 Mitgliedsjubiläum beglückwünschte. Eine kleine Spende wurde durch
 den Vorstand überreicht und die Mahnung an alle Kollegen ge-
 richtet, mit demselben Eifer und Ausdauer für die Gewerbevereins-
 sache zu kämpfen und zu arbeiten, wie der Jubilar es stets getan
 hat. Zum Schluß widmete er dem Kollegen Truskowski folgenden
 Vers von Friedrich Rückert:

In Reih' und Glied.

Stell' Dich in Reih' und Glied,
 Das Ganze zu verstärken,
 Mag auch, wer's Ganze sieht
 Dich nicht darin bemerken.
 Das Ganze wirkt, und Du
 Bist drin mit Deinen Werken.

Stell' Dich in Reih' und Glied,
 Und schare Dich den Scharen:
 Und teilst Du nicht den Ruhm,
 So teilst Du die Gefahren.
 Wie nicht der Musterer
 Den Einzelmann gewahren,
 Mit Lust doch wird er seh'n
 Vollzählig seine Scharen.

Damit im Lanzenwald
 Nicht fehle eine Lanze,
 Heb' Deine fest und sei
 Gefaßt auf jeder Schanze.
 Sei nur ein Blatt im Kranz,
 Ein Ring im Ringeltanze,
 Fühl' Dich im Ganzen ganz
 Und ewig wie das Ganze.

Man erzielte er dem Kollegen Schumacher das Wort zum
 Thema über: „Die heutige wirtschaftliche Lage“. Redner kenn-
 zeichnete die heutige Wirtschaftslage dahingehend, daß sie für die
 Arbeiterschaft keineswegs als gut bezeichnet werden könne. Die
 Arbeitslosenziffer steigt von Tag zu Tag; selbst in den Branchen,
 die bisher gut beschäftigt waren, wie Modelltischler, Klavier-
 Industrie usw., wird die Arbeitslosigkeit immer größer. Die Arbeit-
 gebereverbände, unterstützt vom Reichswirtschaftsministerium schil-
 dern die Lage der Deutschen Wirtschaft als eine trostlose. Sie
 zeigen nur die Schattenseiten und verschweigen, daß es immerhin
 einer Anzahl Industrie leiblich gut geht. Gegen die hohen Löhne
 wird gewettert und behauptet, daß Lohnminderungen die Wirtschaft
 noch mehr zu Grunde richten; auf der anderen Seite verlangt man
 längere Arbeitszeit, wodurch das Meer der Arbeitslosen noch ver-
 größert wird. Der Lohn reicht selbst bei vollbeschäftigten Arbeitern
 nicht zu einem menschenwürdigen Leben: geschweige bei denen, die

verkürzt arbeiten oder arbeitslos sind. Wir müssen deshalb ver-
 langen daß die 8 stündige Arbeitszeit nicht überschritten wird,
 solange wie Hunderttausende gar nicht die Möglichkeit haben,
 Arbeit zu finden. Die verkehrte Sozialpolitik der heutigen Regierung
 verschlechtert noch die Lage der unteren Klassen ganz gewaltig.
 Von dem angekündigten Preisabbau merken wir nichts und alle
 Lasten werden zum größten Teil von der arbeitenden Bevölkerung
 getragen. Wir müssen verlangen, daß die Lastenverteilung eine
 gerechtere wird, und daß in der Deutschen Republik nicht bloß
 wirtschaftspolitische Rücksichten auf die Unternehmer, sondern auch
 soziale Rücksichten für die Arbeiterschaft in den Vordergrund treten.
 Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles blieben die Anwesenden
 noch einige Stunden zu einer gemütlichen Feier bei Vorträgen
 und Tanz zusammen. Wäge dieser interessante und angenehme
 Abend dazu beitragen, den Agitationseifer für unsere Gewer-
 bereinsache zu stärken, damit aus der großen Schar von nicht
 organisierten reinigen Sünden zur Organisation gebracht werden

Bekanntmachung.

Die Kassierer aller Ortsvereine werden hierdurch darauf auf-
 merksam gemacht daß alle, vom Gewerbeverein und seinen Kassen,
 an die Mitglieder gezahlte Unterstüßungen in das Mitgliedsbuch
 eingetragen werden. Wir haben verschiedene Male bei durch-
 reisenden Kollegen festgestellt daß überhaupt keine Unterstüßungen
 eingetragen waren. In jedem Mitgliedsbuch sind die letzten 14
 Seiten für die einzelnen Unterstüßungsarten mit Vordruck ver-
 sehen. Dieses ist nicht zum Vergnügen geschehen, sondern zu dem
 Zweck, damit die Seiten benutzt werden. Jedes Mitglied hat
 ebenfalls ein Interesse daran, daß diese Eintragungen ordnungs-
 mäßig erfolgen; geschieht dieses nicht, dann können leicht Differenzen
 über Aussteuerung und Nichtaussteuerung entstehen. Wir ersuchen
 um allseitige Berücksichtigung des Vorstehenden.

Der Hauptvorstand.

Briefkasten.

Alle Einsender für die „Eiche“ werden ersucht, bis auf Weiter-
 hin an das Büro, Berlin NO 55, Greifswalder Straße 221-23, zu
 schreiben und nicht erst den Umweg über Ulm a. Do. zu nehmen, da
 der Kollege Barnholt krank ist.

Ortsverein Augsburg.

Samstag den 21. November, abends 1/28 Uhr, im Frohnhof

General-Versammlung.

Wichtige Tagesordnung.

Kollegen kommt alle!

Vorstandwahl.

Die Vorstandschaft.

Junger Stellmacher

welcher in Pommern ausgelernt hat, sucht außerhalb Stellung.
 Ortsvereine, die in der Lage sind, ihn unterzubringen, werden er-
 sucht, an das Hauptbüro Nachricht zu geben.

Jeder Gewerbevereinskollege

der für die Entwicklung des Gewerbevereins
 wirken will

muß

neben der finanziellen Stärkung der Organisation

helfen

neue Streiter für die Verteidigung seiner Rechte
 zu gewinnen.

Die Indifferenzlosigkeit

zahlreicher Arbeitskollegen stärkt die Reaktion im
 Arbeitgeberlager. Es gilt den Indifferentismus

zu bekämpfen

im Interesse der Kollegen selbst.